

Smail Rasic (Hg.)

# Jenseits des Kapitalismus



VERLAG KARL ALBER



Smail Rasic (Hg.)

Jenseits des Kapitalismus

VERLAG KARL ALBER





Smail Rasic (Hg.)

# Jenseits des Kapitalismus

Verlag Karl Alber Freiburg/München

Smail Rasic (Ed.)

## Beyond Capitalism

Since the global financial crisis erupted in 2008, the question of the sustainability of capitalism has been raised in scientific and public discussions. The increasingly unhindered attempt to adapt social life, the natural environment and democratic politics to the requirements of private capital accumulation is reopening long-pacified conflicts about the legitimacy of capitalist rationalization and use of the world. There is much to suggest that contemporary capitalism, as an economic order in crisis and self-destructive in the long run, has also failed as a social order: it has lost the ability to derive collective benefit from individual egoism. While the building of reliable social relationships is shifted to the individual and his responsibility for himself, a small number of gigantic, globally operating companies have the task of sedating the mass of the population through consumerist experiences of happiness.

The central question of the volume is what will happen to today's capitalism and what to expect »beyond capitalism« when capitalist business as usual will have exhausted itself.

The Editor:

Smail Rasic received his doctorate (1997) and his habilitation (2004) at the Philosophical Seminar of the University of Cologne. 2005–07 guest lecturer in Copenhagen, 2007/08 research stay at the Charles University in Prague. He is Professor of Philosophy at the University of Wuppertal.

Smail Rasic (Hg.)

## Jenseits des Kapitalismus

Seit der 2008 ausgebrochenen Weltfinanzkrise wird die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus in wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussionen gestellt. Der zunehmend ungehinderte Versuch, das soziale Leben, die natürliche Umwelt und die demokratische Politik an die Erfordernisse privater Kapitalakkumulation anzupassen, lässt lang pazifizierte Konflikte über die Legitimität der kapitalistischen Durchrationalisierung und Nutzung der Welt neu aufbrechen. Viel spricht dafür, dass der gegenwärtige Kapitalismus, als Wirtschaftsordnung krisenträchtig und auf Dauer selbstzerstörend, auch als Gesellschaftsordnung gescheitert ist: Er hat die Fähigkeit verloren, kollektiven Nutzen aus individuellem Egoismus zu ziehen. Während der Aufbau verlässlicher sozialer Beziehungen auf den Einzelnen und seine Verantwortung für sich selber abgeschoben wird, fällt einer kleinen Zahl gigantischer, global operierender Unternehmen die Aufgabe zu, die Masse der Bevölkerung durch konsuméristische Glückserlebnisse ruhigzustellen.

Die Leitfrage des Bandes lautet, wie es mit dem Kapitalismus von heute weitergehen wird und womit wir »jenseits des Kapitalismus« zu rechnen haben, wenn das kapitalistische business as usual sich erschöpft haben wird.

Der Herausgeber:

Smail Rasic promovierte (1997) und habilitierte (2004) am Philosophischen Seminar der Universität Köln. 2005–2007 Gastdozent in Kopenhagen, 2007–2008 Forschungsaufenthalt an der Karls-Universität Prag. Er ist Professor für Philosophie an der Universität Wuppertal.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung  
der Hans Böckler-Stiftung

Originalausgabe

© VERLAG KARL ALBER  
in der Verlag Herder GmbH, Freiburg / München 2019  
Alle Rechte vorbehalten  
[www.verlag-alber.de](http://www.verlag-alber.de)

Umschlagmotiv: Wikipedia/David Shankbone/  
Occupy Wall Street/2011  
Satz und PDF-E-Book: SatzWeise, Bad Wünnenberg  
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN (Buch) 978-3-495-49031-0  
ISBN (PDF-E-Book) 978-3-495-82408-5

# Inhalt

<b>Einleitung</b> . . . . .	9
<i>Smail Rapic</i>	
<b>Ausregiert: Ungewissheit, Disruption, Resilienz</b> . . . . .	22
<i>Wolfgang Streeck</i>	
<b>Kapitalismus, Ungleichheit und Demokratie</b> . . . . .	38
<i>Colin Crouch</i>	
<b>Legitimationskrise? Über die politischen Widersprüche des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus</b> . . . . .	64
<i>Nancy Fraser</i>	
<b>»There is an alternative!« Politökonomische Krisen und zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen im globalisierten Kapitalismus</b> . . . . .	110
<i>Maria Behrens &amp; Sebastian Möller</i>	
<b>Kapitalismus und Demokratie in der Krise Versuch einer Aktualisierung der Marx'schen Krisentheorie</b> . . .	156
<i>Hauke Brunkhorst</i>	
<b>Neuzeitliche Rationalität und kapitalistische Expansion im Historischen Materialismus und bei Weber und Parsons</b> . . . . .	187
<i>Smail Rapic</i>	
<b>Vorwärts zur Mäßigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft</b> . . . . .	239
<i>Hans Christoph Binswanger</i>	

## Inhalt

Antworten auf Fragen zum Vortrag »Vorwärts zur Mässigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft« . . . . .	248
<i>Hans Christoph Binswanger</i>	
Kollektivgüter jenseits des Kapitalismus? . . . . .	259
<i>Lutz Wingert</i>	
Nachweise . . . . .	288
Kurzbiographien . . . . .	289
Personenregister . . . . .	293
Sachregister . . . . .	299

# Einleitung

*Smail Rasic*

*Does Capitalism Have a Future?* Die Titelfrage eines 2013 publizierten Sammelbandes mit Beiträgen von Immanuel Wallerstein, Randall Collins, Michael Mann, Georgi Derluguian und Craig Calhoun ist seit der 2008 ausgebrochenen Weltfinanzkrise, deren Auswirkungen bis heute anhalten, virulent.<sup>1</sup> Der hartnäckige Versuch, das soziale Leben, die natürliche Umwelt und die demokratische Politik an die Erfordernisse privater Kapitalakkumulation anzupassen, statt sie vor deren Zumutungen zu schützen, droht lange pazifizierte Konflikte über die Legitimität der kapitalistischen Durchrationalisierung und Nutzung der Welt neu aufbrechen lassen. So stellt sich die Frage, ob der gegenwärtige Kapitalismus nicht insofern selbstzerstörerische Züge trägt, als er die Fähigkeit verloren hat, kollektiven Nutzen aus individuellem Egoismus zu ziehen und dadurch den Gesellschaftsmitgliedern ein Minimum an sozialer Integration, wirtschaftlicher Sicherheit und lebensweltlicher Stabilität zu bieten. Während der Aufbau verlässlicher sozialer Beziehungen auf den Einzelnen und seine Verantwortung für sich selber abgeschoben wird, fällt einer kleinen Zahl gigantischer, global operierender Unternehmen die Aufgabe zu, die Masse der Bevölkerung durch ein wachsendes und ständig erneuertes Angebot konsumeristischer Glückserlebnisse ruhig zu stellen.

Wallerstein und Collins halten den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems in den nächsten Jahrzehnten für wahrscheinlich. Wallerstein begründet diese Prognose damit, dass die kapitalistische Wachstumsdynamik in der Vergangenheit durch die koloniale und neokoloniale Expansion der westlichen Staaten in Gang gehalten wurde; da die geopolitische Hegemonie des Westens ihrem Ende entgegengeht, werde auch die Kapitalakkumulation zum Stillstand kom-

---

<sup>1</sup> Die deutsche Übersetzung dieses Bandes erschien 2014 unter dem Titel *Stirbt der Kapitalismus?*

men.<sup>2</sup> Nach Collins wird der Kapitalismus durch die Digitalisierung der Arbeitswelt, die zum massiven Abbau von Arbeitsplätzen und damit zur Erosion der Mittelschicht führen werde, seinen gesellschaftlichen Rückhalt verlieren.<sup>3</sup> Für Mann und Calhoun ist dagegen die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus noch nicht entschieden. Gegen Wallersteins Prognose kann eingewandt werden, dass der heutige globalisierte Kapitalismus nicht zwangsläufig mit westlicher Hegemonie verschränkt ist.<sup>4</sup> Collins hält es für ausgeschlossen, dass der Verlust von Arbeitsplätzen – insbesondere in der Produktion – im Zuge der Digitalisierung durch die Schaffung neuer Stellen, etwa im Dienstleistungsbereich oder beim Ausbau umweltfreundlicher Technologien, kompensiert wird; für diese Annahme gibt es bislang keine empirische Evidenz.<sup>5</sup>

In den Beiträgen zum vorliegenden Band geht es nicht in erster Linie um Prognosen, sondern um Krisensymptome und Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen neoliberalen Kapitalismus, von denen Anstöße zu einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation ausgehen könnten. Die Krise der kapitalistischen Wachstumsdynamik und das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie sind die beiden miteinander verwobenen Leitthemen dieses Bandes. Er dokumentiert – wie *Does Capitalism Have a Future?* – eine Diskussion, die im Fluss ist. Colin Crouch schätzt die Vitalität des Kapitalismus höher ein als Wolfgang Streeck.<sup>6</sup> Nach Nancy Fraser ist der Neoliberalismus noch nicht in eine Legitimationskrise geraten; Maria Behrens und Sebastian Möller sehen dagegen bereits Anzeichen für sie. Hans Christoph Binswanger und Lutz Wingert fassen Alternativen zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem ins Auge, die nicht zwangsläufig aus dem Kapitalismus hinausführen. Smail Rapic deutet

---

<sup>2</sup> Wallerstein: »Die strukturelle Krise oder Warum der Kapitalismus sich nicht mehr rentieren könnte«. In: Wallerstein/Collins/Mann/Derluquian/Calhoun: *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert*. Frankfurt/New York 2014, S. 17–48.

<sup>3</sup> Collins: »Das Ende der Mittelschichtarbeit: Keine weiteren Auswege«. In: Wallerstein/Collins/Mann/Derluquian/Calhoun: *Stirbt der Kapitalismus?*, S. 49–88.

<sup>4</sup> Mann: »Das Ende ist vielleicht nah – aber für wen?«. In: Wallerstein/Collins/Mann/Derluquian/Calhoun: *Stirbt der Kapitalismus?*, S. 89–122, hier: 107 f. Vgl. Calhoun: »Was den Kapitalismus heute bedroht«. In: Wallerstein/Collins/Mann/Derluquian/Calhoun: *Stirbt der Kapitalismus?*, S. 163–202, hier: 188 f.

<sup>5</sup> Mann: a. a. O., S. 112 f., 118 f.

<sup>6</sup> Crouch: *Making Capitalism Fit for Society*. Cambridge 2013; Streeck: *How Will Capitalism End? Essays on a Failing System*. London/New York 2016.

die Möglichkeit einer sozialistischen Transformation des gegenwärtigen Kapitalismus nur vorsichtig an.

## Übersicht über die Beiträge

Der Fokus von *Wolfgang Streecks* Artikel »Ausregiert: Ungewissheit, Disruption, Resilienz« liegt auf der Aushöhlung öffentlicher Gewalten und damit der Demokratie durch den Neoliberalismus. Sein Aufstieg seit Beginn der 1980er Jahre beendete die Ära des sozialstaatlichen Kapitalismus, der in den USA mit dem *New Deal* etabliert und nach dem Zweiten Weltkrieg von den westeuropäischen Ländern übernommen wurde. Der Neoliberalismus führte eine Kehrtwendung der westlichen Wirtschaftspolitik herbei: Das Wirtschaftswachstum, das für die Stabilität kapitalistischer Gesellschaften unverzichtbar ist, sollte nicht länger durch die Sicherung der Kaufkraft der Bevölkerung mit Hilfe von staatlicher Investitionen und Sozialleistungen gewährleistet werden, sondern durch die Stimulierung von Privatinvestitionen und vermehrten Druck auf die Lohnabhängigen, die dazu genötigt wurden, Abstriche am Gehalt und den Sozialleistungen hinzunehmen.

Der neoliberale Umbruch resultierte aus dem Zusammenwirken systemischer Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie mit politischen Grundsatzentscheidungen. Die systemischen Faktoren, die ihn provozierten, waren auf der einen Seite die Stagnation der westlichen Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre,<sup>7</sup> auf der anderen die fortschreitende Globalisierung, die es den multinationalen Konzernen ermöglichte, Arbeitsplätze in signifikantem Ausmaß in Billiglohn-Länder zu verlagern. Mit der Drohung, dies im großen Stil fortzusetzen, konnten sie ihrer Forderung nach einer unternehmerfreundlichen Umgestaltung der Wirtschaftspolitik der westlichen Industriestaaten Nachdruck verleihen. Die Regierungen der führenden kapitalistischen Staaten trafen die Entscheidung, sich dieser Forderung zu beugen, um das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu bringen. Dass diese Hoffnung illusorisch war, trat in der 2008 ausgebrochenen Weltfinanzkrise zutage. Zugleich machte das Krisenmanagement der westlichen Regierungen, das die Kapital-

---

<sup>7</sup> Vgl. Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin 2013, S. 61.

eigner auf Kosten der Steuerzahler begünstigte, deutlich, welches Ausmaß die oligarchische Verflechtung von Unternehmern, Bankern und politischen Eliten erreicht hatte.<sup>8</sup> Die politische Dominanz kapitalistischer Systemmechanismen und Interessen schnürt staatliche Gestaltungsspielräume ein und setzt die soziale Ordnung permanenten Gefährdungen aus.

Streeck erwartet auf Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte hinaus ein »Interregnum«, in dem sich die bisherige Ordnung überlebt hat, ohne dass eine neue in Sicht ist. In der gegenwärtigen Konjunktur der Begriffe *Disruption* und *Resilienz* sieht er ein Symptom des anbrechenden Interregnums. Dass die bislang als bedrohlich empfundene Disruption nun mit der Verheißung des Innovationspotentials radikaler Brüche aufgeladen wird, bringt die Suche nach Selbstbehauptungs- und Gewinnstrategien in Zeiten allgemeiner Verunsicherung zum Ausdruck. Der Begriff »Resilienz« ist hierzu komplementär: Er meint die Anpassung an wechselnde Umweltbedingungen als Selbstschutz. In beiden Begriffen spiegeln sich nach Streeck die Auflösungsstendenzen des zunehmend dysfunktionalen Kapitalismus wider.

*Colin Crouch* beschreibt die Gefahren, die der Demokratie durch die wachsende sozioökonomische Ungleichheit im Zeitalter des Neoliberalismus drohen (»Kapitalismus, Ungleichheit, Demokratie«). Hierdurch wird die Frage von neuem virulent, ob Demokratie und Kapitalismus überhaupt miteinander in Einklang zu bringen sind. Die Auffassung, sie seien natürliche Partner, rückte in den westlichen Ländern erst in der Ära des sozialstaatlichen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg ins Zentrum des politischen *main stream*.

Der Neoliberalismus verschärfte die Ungleichheit auf doppelte Weise: (1) Er trieb den weltweiten Abbau von Investitionsbeschränkungen und Zöllen voran und versetzte die Unternehmen damit in die Lage, ihre Investitionsbereitschaft an die Erhöhung der Profitrate zu koppeln. Der Erfolg dieses Junktims tritt an der beträchtlichen Absenkung der Steuern auf Unternehmenseinkünfte, Dividenden und Kapitalgewinne sowie des Spitzensteuersatzes im gesamten OECD-Gebiet zutage. Hierdurch wurde die Schere zwischen Kapitaleinkünften und Gehältern weiter geöffnet. (2) Das Outsourcing öffentlicher Dienstleistungen, das vom Neoliberalismus mit dem Argument durchgesetzt wurde, privatwirtschaftliches Denken sei effizienter als die staatliche Bürokratie, verhalf einzelnen Unternehmen

---

<sup>8</sup> Vgl. a. a. O., S. 70 ff.

zu einer monopolistischen bzw. oligopolistischen Stellung. Dies ist allerdings nur zum Teil auf Kostensenkungen für die öffentliche Hand zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielt die Vernetzung von Unternehmenspersonal mit Regierungsvertretern und der staatlichen Administration im Zuge der Privatisierungen. Hierdurch wird der politische Einfluss der Konzerne, der sich durch die Globalisierung erhöht hat, noch weiter gesteigert.

Die wachsende Ungleichheit wird inzwischen auch von einigen Ökonomen als problematisch angesehen, da das Wirtschaftswachstum ins Stocken geraten kann, wenn der Anteil der Bevölkerungsmehrheit an der Konsumtion beständig sinkt. Die »marktorientierten Neoliberalen« halten es für einen Irrweg, dass die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zur Bildung von Monopolen oder Oligopolen führe. Die »unternehmensorientierten Neoliberalen« vertreten dagegen den Standpunkt, die Vernetzung von Unternehmenspersonal und öffentlichen Funktionären fördere den Austausch von Expertise.

Lobby-Aktivitäten von Konzernen, die zu Lasten der Bevölkerung gehen, wecken Zweifel an der Sichtweise der »unternehmensorientierten Neoliberalen«. So haben dominierende Konzerne in den USA und Europa Maßnahmen zum Umweltschutz und eine konsumentenfreundliche Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel in Hinblick auf gesundheitliche Risikofaktoren verhindert.

Crouch gelangt zu dem Schluss, das von Kapitalisten bevorzugte politische System sei die »Postdemokratie«, in der zwar alle formalen Aspekte der Demokratie erhalten bleiben, die Verflechtung ökonomischer und politischer Eliten aber vor der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit abgeschirmt wird.<sup>9</sup>

Nancy Fraser stimmt in ihrem Beitrag »Legitimationskrise? Über die politischen Widersprüche des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus« Crouch und Streeck darin zu, dass die Demokratie in dessen gegenwärtiger Phase in ihr kritisches Stadium eingetreten ist, so dass ein »Weiter so!« unrealistisch erscheint. Fraser bettet die These, dass das Aufkommen der »Postdemokratie« (Crouch) in den Systemstrukturen des neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verwurzelt ist, in die Analyse eines fundamentalen Widerspruchs jeder kapitalistischen Gesellschaftsformation ein. Dieser besteht darin, dass auf der einen Seite die kapitalistische Ökonomie auf funktionsfähige

---

<sup>9</sup> Vgl. Crouch: *Postdemokratie*. Frankfurt a. M. 2008.

öffentliche Gewalten angewiesen ist, die Rechtssicherheit verbürgen, Währungen im Notfall stabilisieren usw., auf der anderen Seite aber der Akkumulationsdrang des Kapitals die öffentlichen Institutionen, auf die er sich stützt, zu usurpieren und destabilisieren droht.

Fraser untersucht die konkrete Gestalt, die dieser Widerspruch im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus angenommen hat, auf der Folie von Jürgen Habermas' Analyse der – im Rückblick finalen – Krise des sozialstaatlich eingehegten Kapitalismus der Nachkriegszeit in *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* (1973). Habermas führt dort das Begriffspaar »System/Lebenswelt« ein, das für seine Gesellschaftstheorie seither grundlegend ist.<sup>10</sup> In der systemischen Perspektive werden die eigendynamischen Steuerungsmechanismen erforscht, die die Reproduktion einer Gesellschaft unter variierenden Umweltbedingungen aufrechterhalten. Unter dem Aspekt der Lebenswelt rücken die normativen Orientierungen sozialer Akteure und Institutionen in den Fokus. Als Habermas die *Legitimationsprobleme* schrieb, waren die westlichen Staaten nicht länger imstande, den beiden Imperativen, die an sie gerichtet wurden, nämlich ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum sicherzustellen und zugleich für Vollbeschäftigung und ein stabiles soziales Netz zu sorgen, gleichermaßen gerecht zu werden. Diese Überforderung des kapitalistischen Sozialstaats manifestiert sich in der systemtheoretischen Perspektive als administrative Krise. Sie führt – wie Fraser im Anschluss an Habermas betont – nicht zwangsläufig zu einer Legitimationskrise der herrschenden Gesellschaftsformation. Ob eine solche Krise eintritt, hängt von den normativen Erwartungen der sozialen Akteure ab, was in der lebensweltlichen Perspektive zum Thema wird. Fraser erklärt die Tatsache, dass die westlichen Staaten in den späten 1960er und frühen -70er Jahren in eine Legitimationskrise gerieten, mit Hilfe von Antonio Gramscis Hegemonie-Begriff: Der »hegemoniale« Anspruch der öffentlichen Gewalten des Westens, kapitalistische Prosperität mit sozialer Gerechtigkeit in Einklang bringen zu können, wurde von den »gegenhegemonialen« Protestbewegungen erschüttert.

Im finanzmarktgetriebenen Neoliberalismus, der sich in der System- und Legitimationskrise des sozialstaatlichen Kapitalismus unerwartet mühelos durchsetzte, tritt der Grundwiderspruch des Kapitalismus im schwindenden Widerstandspotential der öffentlichen

---

<sup>10</sup> Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M. 1973, S. 9–19.

Gewalten gegen die profitorientierten Imperative von multinationalen Konzernen und Finanzmärkten zutage. Die Erosion öffentlicher Gestaltungsmacht auf inner- und zwischenstaatlicher Ebene verringert die Chance, globale Gefährdungen wie den Klimawandel einzudämmen. Obwohl inzwischen offenkundig ist, dass die weltweite Dominanz des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus selbstzerstörerische Folgen haben kann, sieht ihn Fraser noch nicht in einer Legitimationskrise mit der Perspektive einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation. Fraser begründet ihre Deutung damit, dass den heutigen kapitalismus-kritischen Protestbewegungen – anders als in den 1960er und -70er Jahren – das theoretische Rüstzeug für eine gegenhegemoniale Gesellschaftskonzeption fehlt. Der Neoliberalismus hat es vermocht, Kernelemente der Gegenhegemonie der 1960er und -70er Jahre wie die Bürokratiekritik für sein Verständnis der Freiheit als Autonomie auf sich gestellter Individuen zu vereinnahmen. So steht die kritische Gesellschaftstheorie heute vor der Aufgabe, eine gegenhegemoniale Demokratie-Konzeption auf den Weg zu bringen.

Für *Maria Behrens* und *Sebastian Möller* ist es – anders als für Nancy Fraser – eine offene Frage, ob die Gegenbewegungen zu dem globalisierten neoliberalen Kapitalismus nicht bereits als Ausdruck seiner Legitimationskrise mit der Aussicht auf ein »Jenseits des Kapitalismus« zu werten sind (»There is an alternative!« Politökonomische Krisen und zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen im globalisierten Kapitalismus«). Behrens und Möller greifen – wie Fraser – Gramscis Hegemonie-Begriff auf und verknüpfen ihn mit Karl Polanyis' Analyse von Gegenbewegungen zu der kapitalistischen Vermarktlichung in *The Great Transformation* (1944). Crouchs Diagnose der postdemokratischen Herrschaftsstrukturen im globalisierten Kapitalismus wird von Behrens und Möller anders akzentuiert als von Fraser und Streeck, die die Auszehrung der staatlichen Kontrollmöglichkeiten globalökonomischer Kräfte hervorheben, also eine Schwächung der öffentlichen Gewalten konstatieren. Behrens und Möller charakterisieren demgegenüber die neoliberale Orientierung der Politik an kapitalistischen Imperativen als Ausdruck eines autoritären Etatismus, den sie im Anschluss an Nicos Poulantzas dahingehend definieren, dass sich die staatliche Macht in der Exekutive auf Kosten der Parlamente und Parteien konzentriert und die Administration ihre Neutralität verliert. Behrens und Möller begründen ihre These, dass die kapitalistischen Staaten ihre Interventionsmacht in der neo-

liberalen Ära nicht eingebüßt haben, sondern mit kapitalistischen Imperativen verschränken, damit, dass die Etablierung und Aufrechterhaltung der neoliberalen Regimes politisch gewollt war und immer noch ist und die Verhandlungsrunden zur Liberalisierung des Welt Handels die Zielsetzung erkennen lassen, dem eigenen Staat eine einträgliche Position im globalen Wettbewerb zu sichern.

Der Beitrag von Behrens und Möller geht darüber hinaus der Frage nach, inwieweit sich in den vielfältigen Protesten gegen diese neoliberale Konstellation eine gegenhegemoniale Gesellschaftskonzeption abzeichnet. Dabei greifen sie eine Differenzierung in Polanyis Begriff der Gegenbewegungen auf, die er selbst nur angedeutet, aber kaum ausgeführt hat. Anders als Polanyi heben Behrens und Möller Gegenbewegungen im spezifischen Wortsinn von Schutzbewegungen ab: Während die ersteren eine neue Gesellschaftsformation anstreben, verteidigen die letzteren die Partikularinteressen von Bevölkerungsgruppen oder Staaten im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsformation. Mit dieser begrifflichen Schärfung werfen Behrens und Möller einen kritischen Blick auf jüngere Proteste gegen Freihandels-Abkommen. Die Proteste haben häufig keinen anti-kapitalistischen Charakter, sondern sind als bloße Schutzbewegungen einzustufen, was ihre partielle Nähe zur rechtspopulistischen Beschwörung nationaler Solidarität erklärt. Behrens und Möller sehen u. a. im Kommunitarismus, den sie vom Nationalismus abgrenzen, und den Entwürfen einer Postwachstums- und Gemeinwohl-Ökonomie Ansätze zu transformativen Gegenbewegungen, bleiben aber in der Einschätzung der postkapitalistischen Perspektiven, die hieraus entspringen könnten, vorsichtig.

Wie Behrens und Möller betont auch *Hauke Brunkhorst*, dass dem Neoliberalismus durch politische Grundsatzentscheidungen der kapitalistischen Staaten der Weg geebnet wurde (»Kapitalismus und Demokratie in der Krise. Versuch einer Aktualisierung der Marx'schen Krisentheorie«). Die Stärkung der Exekutive auf Kosten der Parlamente leistete der Verlagerung supranationaler Entscheidungsmacht in informelle Gremien wie der Euro-Gruppe, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, Vorschub. Dies ging mit der Rechtsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte Hand in Hand: Die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen wurden durch die Aufwertung der privatrechtlichen Vertragsfreiheit beschnitten.

Brunkhorst hebt – wie Fraser – im Anschluss an Habermas'

*Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* hervor, dass ökonomische Krisen die herrschende Gesellschaftsordnung nicht zwangsläufig destabilisieren – wie Marx im *Kapital* annimmt –, sondern erst dann, wenn sie eine Legitimationskrise hervorrufen. Diese kann ausbleiben, wenn die normative Kritik an den bestehenden Verhältnissen keine politische Durchschlagkraft gewinnt – etwa aufgrund von passiver Duldsamkeit bzw. Resignation der benachteiligten Schichten. Zur jahrzehntelangen Akzeptanz des Neoliberalismus trug wesentlich bei, dass er die Protestbewegungen der 1960er Jahre partiell absorbieren konnte: Patriarchale Gesellschaftsstrukturen wurden durch die fortschreitende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt abgebaut, der rechtliche Status von Farbigen und Homosexuellen verbessert. Die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsformation könnte jedoch in eine tiefgreifende Legitimationskrise geraten, wenn die wachsende Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern der neoliberalen Globalisierung der Einsicht zum Durchbruch verhilft, dass die etablierte postdemokratische Herrschaftsform, die das demokratische Grundprinzip der Volkssouveränität de facto außer Kraft setzt, mit dem Neoliberalismus intrinsisch verwoben ist. So könnte die neoliberale Gesellschaftsformation durch die Wiedergewinnung der Volkssouveränität überwunden werden.

Die Leitthese von *Smail Rapics* Beitrag lautet, dass durch die Integration von Max Webers Analyse neuzeitlicher Rationalisierungsprozesse in Habermas' Programm der Rekonstruktion des Historischen Materialismus ein nach wie vor adäquater theoretischer Deutungsrahmen für die kapitalistische Gesellschaftsformation und ihre gegenwärtige Krise gewonnen werden kann (»Neuzeitliche Rationalität und kapitalistische Expansion im Historischen Materialismus und bei Weber und Parsons«). Rapic schließt sich der Auffassung Georg Lohmanns an, dass Marx' *Kapital* keine Teiltheorie des Historischen Materialismus bildet, wie er von Marx und Engels in ihren Frühschriften gemeinsam konzipiert wurde. Während Marx die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformation im *Kapital* als eine in der Kategorie der Ware zentrierte Totalität interpretiert und das bürgerliche Recht dementsprechend zum bloßen Epiphänomen der kapitalistischen Ökonomie erklärt – diese Sichtweise hat Lukács, Adorno und Horkheimer nachhaltig beeinflusst –, ist Habermas' Rekonstruktion des Historischen Materialismus durch einen inhaltlichen und methodischen Dualismus gekennzeichnet: Der inhaltliche besteht in der Polarität zwischen der von Interessenkonflikten durchzogenen

ökonomischen Sphäre auf der einen Seite und der für die Selbstbeschreibung jedes Staates unverzichtbaren normativen Verpflichtung auf Allgemeininteressen auf der anderen; in methodischer Hinsicht rekonstruiert Habermas die Konzeption einer ›Einheit von Theorie und Praxis‹ im Historischen Materialismus mittels seiner Unterscheidung einer systemischen Beobachter- und einer lebensweltlichen Teilnehmerperspektive auf die Gesellschaft. Mit dieser methodischen Doppelperspektive will Habermas die von Talcott Parsons begründete soziologische Systemtheorie an den Historischen Materialismus anbinden und zugleich ihre begrenzte Reichweite aufweisen.

Die Rationalitätsgewinne des neuzeitlichen bürgerlichen Staates werden im Historischen Materialismus zwar anerkannt, aber nicht zureichend erörtert; in Marx' *Kapital* treten sie in den Hintergrund. Dieses Defizit lässt sich im Rekurs auf Webers Analyse der Ko-Evolution von kapitalistischer Marktwirtschaft und bürgerlichem Rechts- und Verwaltungsstaat beheben. Rapic weist auf die sachliche Nähe Webers zum späten Engels hin, der – anders als Marx – am Theorierahmen des Historischen Materialismus zeitlebens festgehalten hat. Rapic versucht zu zeigen, dass Argumentationslücken bei Engels mit Hilfe der elaborierteren Analysen Webers behoben werden können, in theoriearchitektonischer Hinsicht die Engels'sche Position jedoch die konsequentere ist. Beide Autoren sind sich darin einig, dass dem Aufbau einer von Sachkriterien geleiteten staatlichen Administration eine Schlüsselrolle im neuzeitlichen Rationalisierungsprozess zukommt. Während Weber aber hinsichtlich der Frage schwankt, inwieweit die Bürokratie aufgrund ihrer fachlichen Expertise eine autokratische Stellung erlangen kann, hält Engels daran fest, dass sie im bürgerlichen Staat von den kapitalistischen Machtverhältnissen beeinflusst wird. Engels' Sicht wird durch die postdemokratische Herrschaftsform im Neoliberalismus, die durch die staatlichen Interventionen zugunsten der Kapitaleigner in der Weltfinanzkrise von 2008 offenkundig wurde, bestätigt. Der von Engels anvisierte dialektische Umschlag eines zunehmend dysfunktionalen und delegitimierten Kapitalismus in den Sozialismus könnte bei einer weiteren Zuspitzung der gegenwärtigen Krise eine historische Chance sein.

*Hans Christoph Binswanger* fasst in seinem Beitrag »Vorwärts zur Mäßigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft« die Leitgedanken seiner gleichnamigen Monographie (2009) prägnant zusammen. Er betont, dass die Wachstumstendenz für den Kapitalis-

mus essentiell ist und bei ihrer Hemmung eine Wirtschaftsdepression droht. Zu Beginn der 1970er Jahre gaben die Industriestaaten den – im 19. Jahrhundert erstmals unternommenen – Versuch endgültig auf, ökonomische Turbulenzen durch die Einlösegarantie von Papiergeld (zuletzt nur noch von US-amerikanischen Dollarnoten) gegen Gold zu vermeiden; seither ist die Fähigkeit der Zentralbanken, Geld in unbegrenzter Menge auszugeben (d. h. Banknoten zu drucken bzw. Guthaben auf Konten einzurichten), eine Grundvoraussetzung des kapitalistischen Wirtschaftswachstums. Die Geldschöpfung »aus dem Nichts« (Binswanger) geschieht in der Erwartung, dass die Kredite, die die Zentralbanken den Geschäftsbanken zur Verfügung stellen, an die Unternehmen weitergereicht und von diesen für Investitionen genutzt werden, die die Produktion erhöhen und neue Arbeitsplätze schaffen, womit wiederum die Kaufkraft wächst, so dass die neuen Produkte genügend Abnehmer finden und die Unternehmen ihre Kredite (samt den Zinsen) zurückzahlen können. Bislang können die Geschäftsbanken die Kreditsumme, die sie den Unternehmen und Privatkunden zur Verfügung stellen, auch dann erhöhen, wenn ihnen die Zentralbanken hierfür kein neues Geld zur Verfügung stellen. Die Geldschöpfung »aus dem Nichts« stößt an ökologische Grenzen, wenn sich die knapper werdenden Rohstoffe signifikant verteuern und zugleich die Folgekosten der Umweltbelastungen steigen. Da die ökologischen Wachstumsschranken inzwischen in Sichtweite sind, ein vollständiger Verzicht auf Wachstum jedoch nicht möglich ist, ohne die Funktionsweise der modernen Wirtschaft zu gefährden, plädiert Binswanger für eine staatliche Kontrolle der marktwirtschaftlichen Wachstumstendenz mittels einer Neustrukturierung des Geldsystems: In Zukunft sollen alle von den Geschäftsbanken gewährten Kredite – so der Vorschlag – durch Zentralbank-Geld abgedeckt sein. Die Zentralbanken würden hiermit in die Lage versetzt, die Kreditvergabe seitens der Geschäftsbanken zu steuern, was weitreichende Konsequenzen für die kapitalistische Realwirtschaft hätte: Die Zentralbanken könnten die Möglichkeit beschneiden, Aktien auf Kreditbasis zu kaufen, womit die Börsenspekulation erheblich erschwert würde. Binswanger fordert darüber hinaus juristische Restriktionen des Aktienhandels.<sup>11</sup> Auf diese Weise sollen genossenschaftliche Unternehmensformen gestärkt werden. Sie haben sich im Vergleich mit

---

<sup>11</sup> Binswanger: *Vorwärts zur Mäßigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft*. Hamburg 2009, S. 157 ff.

Aktiengesellschaften als relativ krisenfest erwiesen, da sie in der Regel nicht am Prinzip der Gewinnmaximierung orientiert sind.<sup>12</sup>

*Lutz Wingert* erörtert das Spannungsverhältnis zwischen der in jeder Gesellschaft unverzichtbaren Bereitstellung und Aufrechterhaltung von Kollektivgütern und der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (»Kollektivgüter jenseits des Kapitalismus?«). Im alltagssprachlichen Verständnis ist ein Kollektivgut etwas, das gut für uns alle zusammen ist. Es wird von Wingert dahingehend begrifflich präzisiert, dass (1) keine Seite A die andere Seite B von der Inanspruchnahme eines solchen Gutes fernhalten kann und (2) die Inanspruchnahme des betreffenden Gutes durch A nicht zu Lasten von B geht. Außerdem gilt für ein Kollektivgut (3), dass es geeignet ist, ein Bedürfnis oder eine normative Erwartung von A, B oder C zu erfüllen. (1) und (2) geben die bekannten Eigenschaften der Nicht-Ausschließbarkeit und der Nicht-Rivalität des Konsums eines Kollektivgutes an. (3) wird nach Wingert oft vernachlässigt. Nach Wingert gibt es nur unreine Kollektivgüter. (1) und (2) kommen demnach nur in Graden vor. Zu den Kollektivgütern gehören natürliche Systeme wie eine ökologische Nische für den Menschen und Ressourcen wie Böden mit einer dicken humushaltigen Schicht. Aber auch gesellschaftliche Institutionen wie ein funktionierender Finanzmarkt und Praktiken wie eine vertrauensvolle Kooperation sind Kollektivgüter. Kollektivgüter sind nach Wingert die kleinen, realistischen Schwestern des Gemeinwohls.

Die Kollektivgutpraxis weicht insofern vom Schema des kapitalistischen Wirtschaftens ab, als sie eine Wir-Perspektive voraussetzt, wogegen Teilnehmer an kapitalistischen Märkten bei Strafe ihrer Benachteiligung eigene Interessen verfolgen müssen. Es kann zwar sein, dass kapitalistische Akteure wie ein Hegemon oder ein temporärer Monopolist ein Kollektivgut, z. B. einen technischen Standard bereitstellen. Aber das sind dem Markt äußerliche, kontingente Umstände. Die Unfähigkeit der Marktteilnehmer, eine gemeinwohlorientierte Perspektive dauerhaft einzunehmen, zeigte sich nach Wingert in exemplarischer Weise an der 2008 ausgebrochenen Weltfinanzkrise. Die dominanten Akteure des Finanzmarktes waren nicht in der Lage, den Finanzmarkt vor seiner Zerstörung durch eigenkoordiniertes, kollektives Handeln zu bewahren.

---

<sup>12</sup> A. a. O., S. 160.

Die autoritär-klientelistischen Strukturen und die Umweltzerstörung in den sogenannten ›real-sozialistischen‹ Staaten des 20. Jahrhunderts sind ein Beleg dafür, dass die Kollektivgutpraxis aber nicht eo ipso durch die Änderung der Eigentumsverhältnisse gestärkt wird. Im konstruktiven Teil seines Aufsatzes knüpft Wingert an Befunde der Bloomington School um Elinor Ostrom an. Wingert skizziert die Politik eines sozialen Grenzregimes.

Das schließt eine polyarchische, föderale Begrenzung von Akteursgrößen ein. Denn für eine gelingende Kollektivgutpraxis bedarf es z. B. einer sichtbaren Zurechenbarkeit und Reziprozität kooperativer Handlungsbeiträge. Eine Politik der Grenzen schließt aber auch die *Aufhebung* von Grenzen ein, beispielsweise von Grenzen der Zurechnung von negativen Nebeneffekten (= negativen Externalitäten) wie die kurzen Verschleißzeiten aufwändiger, elektronischer Konsumgüter. Wingert führt das Beispiel des ökologischen Produktionsprinzips »cradle to cradle« (»Von der Wiege bis zur Wiege«) aus der Kreislaufwirtschaft an. Er betont, dass die Stärkung der Kollektivgutpraxis den profitorientierten Schematismus kapitalistischen Wirtschaftens eindämmt. Ob dies den Keim zu einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation in sich birgt, lässt er offen.

Den Anstoß zum vorliegenden Band gab eine gleichnamige Tagung an der Universität Wuppertal im Februar 2016. Für ihre finanzielle Unterstützung danke ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Hans-Böckler-Stiftung, der Dr. Werner Jackstädt-Stiftung und der Stadtparkasse Wuppertal. Meinen Mitarbeitern Dennis Klusendick, Nikolai Plößer und Andreas Thomas danke ich für ihre engagierte und wie gewohnt kompetente Mitwirkung an der Tagungsorganisation und an diesem Band, wobei ich die Übersetzung der Artikel von Colin Crouch und Nancy Fraser besonders hervorheben möchte.

Wuppertal, im September 2019

Smail Ropic

# Ausregiert: Ungewissheit, Disruption, Resilienz

Wolfgang Streeck

Der Kapitalismus der Nachkriegszeit war ein staatlich regulierter Kapitalismus. Der Staat, der ihn zu verwalten hatte, war nicht länger der liberale Staat früherer Perioden der kapitalistischen Geschichte. In den USA und Großbritannien hatte er über den Faschismus triumphiert, nicht weil er liberal war, sondern weil es ihm gelungen war, die Produktionskapazitäten kapitalistischer Volkswirtschaften für einen kollektiven Zweck – den Krieg zu gewinnen – durch massive Kontrolle und Planung wirtschaftlicher Aktivitäten zu mobilisieren. Wirtschaftsplanung, wie sie in der Kriegswirtschaft betrieben worden war, wurde in modifizierter Form in den folgenden Jahrzehnten fortgeführt, als der Kapitalismus in die *mixed economy* der 1950er- und 1960er-Jahre einmündete. Darin kam auch zum Ausdruck, was allgemein als mühsam erlernte Lektion der Zwischenkriegsjahre galt, als sich der ungezügelte liberale Kapitalismus als wirtschaftliches und politisches Desaster erwies. Mit dem Aufkommen einer dritten Version einer Industriegesellschaft, dem Kommunismus, der eine zumindest anscheinend attraktive Alternative zum Kapitalismus bot, zweifelte niemand daran, dass die kapitalistische Wirtschaft von einer starken und aktiven Regierung kontrolliert werden musste, um sie davor zu bewahren, die sie umgebende Gesellschaft und letztlich sich selbst zu zerstören.

Staatlich verwalteter Kapitalismus, so wie er aus dem New Deal der 1930er-Jahre hervorgegangen war, wurde in der »freien Welt« von den Vereinigten Staaten organisiert. Unter deren Führung waren, in globaler Rivalität zum Kommunismus, nationale »Varianten des Kapitalismus« innerhalb gewisser Grenzen zugelassen, soweit dies half, nichtkommunistische Regierungen zu stabilisieren, die den Vereinigten Staaten freundlich gesinnt und bereit waren, Elemente der Linken in nationale Koalitionen zu integrieren, die willens waren, sich an einer New-Deal-ähnlichen Verwaltung der nationalen kapitalistischen Ökonomie zu beteiligen.

Staatlich verwalteter Kapitalismus war demokratischer Kapitalismus, der sich sowohl von seinem Vorgänger, dem liberalen Kapitalismus, als auch von seiner faschistischen Version und dem stalinistischen Kommunismus unterschied. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs übernahmen die kapitalistischen Länder unter Führung der Vereinigten Staaten ein allgemeines *Standardmodell der Demokratie*, mit halbwegs freien Wahlen, Regierungen, die auf parlamentarische Mehrheiten angewiesen waren, breit aufgestellten politischen Parteien der linken und rechten Mitte, in Maßen pluralistischen Massenmedien, starken Gewerkschaften mit Streikrecht und frei ausgehandelten Tarifverträgen zur Regelung von Löhnen und Arbeitsbedingungen – bei gemäßigter Unterdrückung der Opposition, außer wenn diese der sowjetisch-kommunistischen Alternative zum demokratischen Kapitalismus zu nahe kam.

Bis zu einem gewissen Grad diente das Standardmodell der Demokratie dazu, die Auswirkungen freier Märkte und der freien Ausübung kapitalistischer Eigentumsrechte zu korrigieren; institutionell war es darauf ausgerichtet, auf der Grundlage eines sozialen Kompromisses als Motor sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts zu fungieren, indem es einerseits Unterstützung für den Kapitalismus durch umverteilende Eingriffe in die Marktergebnisse mobilisierte und andererseits die Grundlagen der kapitalistischen politischen Ökonomie, einschließlich Privateigentum und freier, wenn auch regulierter Märkte, unberührt ließ. Umverteilender demokratischer Egalitarismus sollte sich in langsam, aber stetig wachsenden Löhnen und Lohnquoten, in sicheren Arbeitsplätzen, in Vollbeschäftigung als sozialem und politischem Recht sowie in einer umfassenden sich kontinuierlich an neu entstehende Bedürfnisse anpassenden Sozialversicherung, sowie in wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Ent-Kommodifizierung des sozialen Lebens manifestieren<sup>1</sup> und ein Zeitalter der Angleichung (age of compression) von Einkommen, Wohlstand, Lebensstandards und Lebenschancen einleiten.

Allgemeingültige Tarife, ein wachsender Wohlfahrtsstaat und Umverteilung von Einkommen von oben nach unten passten mit einer keynesianischen Wirtschaftspolitik zusammen, die auf eine

---

<sup>1</sup> Das setzt voraus, dass Statusordnungen außerhalb und unabhängig vom Arbeitsmarkt existieren – Bereiche des sozialen Lebens, die von den »Marktchancen« eines Individuums unberührt bleiben (siehe unten).

egalitäre Demokratie setzte, um die kapitalistische Wirtschaft in eine Maschine zur Schaffung von kollektivem Wohlstand zu verwandeln, indem sie die höhere Konsumneigung von Geringverdienern als Antrieb für wirtschaftliches Wachstum im Dienste demokratischer Ziele wie Vollbeschäftigung nutzte.

Diese Konstellation von staatlich gelenktem Kapitalismus, umverteiler Demokratie und keynesianischem Wirtschaftswachstum zerbrach in den 1970er-Jahren mit dem Beginn der neoliberalen Revolution. Ein Aspekt davon war ein zunächst bloß gradueller, letztlich aber grundlegender Wandel in der Beziehung zwischen Kapitalismus und Nationalstaat als Teil eines säkularen Prozesses wirtschaftlicher, politischer und sozialer *Internationalisierung*, auch als »Globalisierung« bezeichnet. Während zuvor die Märkte in Staaten eingebettet waren, wurden nun die Staaten in Märkte eingebettet, was zu einer Liberalisierung der heimischen Volkswirtschaften und der nationalen Politik führte – zwar in unterschiedlichem Tempo und in unterschiedlicher Form, aber dennoch universell. Angesichts eines Kapitalismus, der Staaten regiert, anstelle von Staaten, die die Wirtschaft und das soziale Leben regieren, wurde »Wettbewerbsfähigkeit« zu einem nationalen Ziel, das durch politische »Reformen« erreicht werden sollte, ebenso wie sie auf Unternehmensebene zum Maßstab für unablässige »Umstrukturierung« wurde. Im Kern bedeutete dies eine Abkopplung des demokratischen Nationalstaats von einer neuerdings marktgeleiteten, liberalisierten kapitalistischen Wirtschaft, zusammen mit einer Verschiebung vom keynesianischen hin zu einem Hayek'schen Wachstumsmodell. Letzterem zufolge soll der Kapitalismus durch Umverteilung nicht von oben nach unten, sondern umgekehrt von unten nach oben gedeihen, um *Arbeitsanreize* am unteren und *Investitionsanreize* am oberen Ende der Einkommensverteilung zu verstärken.

Wo genau die »Globalisierung« herkommt, ist umstritten und kann hier nicht diskutiert werden. Ich denke, dass sie einen Ausweg für das Kapital aus den sozialdemokratischen nationalen Regimen der Nachkriegszeit darstellte und dass ein starkes Interesse der Kapitaleigner darin bestand, neue Transport- und Informationstechnologien für diesen Zweck zu nutzen. Fortdauernde Landnahme, in einem weiten Sinn, ist grundlegend für den kapitalistischen Akkumulationsprozess. Nicht vergessen werden darf, dass die Globalisierung ohne das Einvernehmen eben der Staaten und Regime, die von ihr entmachteten wurden, nicht hätte voranschreiten können – das heißt, dass

sie zugestimmt haben, Zuständigkeiten abzugeben, die sie nicht länger verantwortlich erfüllen konnten oder wollten. Dafür gab es mehrere Motive, von den Vorteilen des freien Handels für die Verbraucher bis hin zu den Vorteilen internationalisierter Produktionssysteme für gewinnsuchende Unternehmen. »Globalisierung« konnte auch dazu genutzt werden, Kürzungen bei den Sozialausgaben oder bei der Beschäftigungssicherheit und den Arbeitnehmerrechten im Allgemeinen zu rechtfertigen und die Disziplin von Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Bürgern wiederherzustellen, die durch die lange Ära stabilen Wachstums und sozialen Fortschritts »verdorben« worden war. Auch sozialdemokratische Parteien und Regierungen setzten darauf, ihre Länder dem Wettbewerbsdruck der internationalen Märkte auszusetzen, um innerstaatliche Regierbarkeit auf Kosten innerstaatlicher Regierung wiederherzustellen. Verschiedene Länder und politische Koalitionen hatten unterschiedliche Gründe, auf »Globalisierung« als Politikinstrument zu setzen, die von sozialdemokratischen Strategien nationaler Nischenbildung auf internationalen Märkten bis zum neoliberalen Abbau der heimischen Industrie im Zuge der »Finanzialisierung« reichten. Einen besonderen Fall stellen die Vereinigten Staaten als hegemoniale Nation dar, für die »Globalisierung« die Ausdehnung ihrer eigenen inneren Ordnung und Unternehmensstruktur auf den Rest der Welt und die Aufhebung der nationalen Souveränität aller Länder auf eines – bedeutet.<sup>2</sup>

Die Befreiung des Kapitalismus von nationaler Regierung und nationaler Demokratie wird als Übergang zu »Governance«, insbesondere »Global Governance«, glorifiziert. Tatsächlich wäre es weitaus angemessener, von einer Rückkehr dessen zu sprechen, was man früher als »kapitalistische Anarchie« bezeichnet hat. Dabei handelte es sich natürlich niemals um Anarchie im ursprünglichen Sinne des Wortes, sondern um eine nicht durch politische Eingriffe modifizierte Herrschaft der Märkte und Unternehmenshierarchien. »Governance« kann allgemein als eine Version der Erzeugung sozialer Ordnung definiert werden, der es an demokratischer Verantwortlichkeit fehlt und die darauf stolz ist. Da Governance zwischen Staaten, Firmen, internationalen Organisationen und allen Arten von ernannten und selbsternannten Vertretern der »Zivilgesellschaft« ausgehandelt

---

<sup>2</sup> In der amerikanischen politischen Rhetorik drückt sich dies in der Vorstellung der USA als »die unverzichtbare Nation« (indispensable nation) aus.

wird, ist sie im Interesse derer befangen, die private Eigentumsrechte als private Macht ausüben, soweit sie einseitig die Produktionsmittel, die unter ihrer Kontrolle stehen, aus Jurisdiktionen abziehen können, die sich weigern, ihren Forderungen nachzukommen. Unter Governance gibt es keine öffentliche Macht, um die private Macht des Kapitals auszugleichen. Ideologisch wird Governance, insbesondere Global Governance, als Übertragung von »Problemlösungen« an »Experten« beschrieben, wobei diejenigen von Entscheidungen ausgeschlossen werden, die angeblich nicht in der Lage sind, die komplexen Probleme zu verstehen, die in einer globalen Wirtschaft auftreten, und deshalb als anfällig für »populistische« Demagogie gelten. Dies verschleiert die Tatsache, dass Governance, was auch immer sie zu leisten imstande sein mag, zwei Aufgaben nicht erfüllen kann, die der demokratische Kapitalismus im Großen und Ganzen erfüllen konnte: die Ergebnisse des Marktrechts in eine egalitäre Richtung zu korrigieren und durch wirksame Regulierung die inhärenten Tendenzen einer kapitalistischen Wirtschaft zu unbegrenzter Kommodifizierung von Arbeit, Natur und Geld einzudämmen.

Unregierter oder unter-regierter Kapitalismus unter Global Governance bedeutet zweierlei: Kapitalismus emanzipiert sich von demokratischer Kontrolle, und dem Kapitalismus fehlt es an politischer Stabilität. Als Resultat der neoliberalen Revolution ist der gegenwärtige Kapitalismus noch kapitalistischer und noch weniger stabil, noch weniger egalitär und noch krisenanfälliger, noch markt-orientierter und noch weniger in der Lage, eine verlässliche soziale Ordnung aufrechtzuerhalten, als seine Vorgänger. Als der fortgeschrittene Kapitalismus sich der Nachkriegsordnung entzog, nahmen die Wachstumsraten ab, die Ungleichheit wuchs, und die öffentlichen wie die privaten Schulden nahmen in einem Maße zu, das weit über dem Wachstum der Wirtschaft lag. Zur gleichen Zeit stiegen parallel zum geringeren Wachstum die Profitraten, die Lohnquoten gingen zurück und die Ungleichheit der Verteilung erreichte ein Niveau, das es seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr gegeben hatte. Der ent-sozialisierte Kapitalismus, der sich seinem neuen, Hayek'schen Wachstumsmodell anpasste, ging mit einer tiefen oligarchischen Umstrukturierung der kapitalistischen Gesellschaft einher.

Der nicht-mehr-regierte, ausregierte Kapitalismus ist, ebenso wie der liberale Kapitalismus vor ihm, Krisenkapitalismus. Vorbei sind die Zeiten, in denen die nationalen Regierungen hinreichend von ihrer Kontrolle über die kapitalistische Wirtschaft überzeugt

waren, um ihren Wählern ein stabiles Wachstum ohne zyklische Höhen und Tiefen zu versprechen, frei von Finanzblasen, staatlichen Finanzkrisen und unkontrolliertem strukturellen Wandel. Im Gegensatz dazu erzeugt der Kapitalismus unter Global Governance eine Welt der *Unsicherheit*, im Wesentlichen für alle – aber in der Praxis viel mehr für diejenigen, die nicht in der Lage sind, ihre Unsicherheiten auf andere abzuwälzen und die die Leidtragenden des zunehmend ausgeklügelten Unsicherheitsmanagements großer Unternehmen und oligarchischer Familien sind. Ohne Regierung bedeutet Unsicherheit ganz Unterschiedliches für verschiedene Klassen, Regionen und Länder. Das gilt für die negativen Konsequenzen implodierender Schuldenpyramiden, für immer prekärere Arbeitsmärkte und für die Ergebnisse der geldpolitischen Experimente von »unabhängigen« Zentralbanken ohne öffentliche Rechenschaftspflicht. Es gilt ebenso für den Rückimport von Gewalt in Form von Terrorismus aus einer durch die Krise zerstörten kapitalistischen Peripherie, destabilisiert durch verantwortungslose Interventionen der hegemonialen Mächte des kapitalistischen Weltsystems bei ihren Versuchen, den Peripherieländern durch »Global Governance« ihre Bedingungen der »Globalisierung« zu diktieren.

Unregierter Kapitalismus ist ein Kapitalismus unter Unsicherheit, derart, dass er ständig die soziale Ordnung aus dem Gleichgewicht bringt. Sich selbst regulierender Kapitalismus – »Kapitalismus pur« – verwandelt seinen sozialen Kontext in eine *Gesellschaft lite*, eine anomische Gesellschaft ohne die Fähigkeit, Krisen zu kontrollieren und Wachstum zu schaffen, oligarchischer Ungleichheit entgegenzuwirken, eine öffentliche Infrastruktur zu gewährleisten, zu verhindern, dass Korruption systemische Legitimität und guten Willen untergräbt, und eine globale Ordnung aufrechtzuerhalten, die auf glaubwürdigen Versprechen gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts beruht. In diesem Sinne befinden wir uns heute wieder in der Zwischenkriegsära oder, anders ausgedrückt, in einer Welt, in der der *Kapitalismus als Gesellschaft*, wie er im Westen nach seinem Sieg über den Faschismus und in Konfrontation mit dem Kommunismus konstituiert wurde, in den letzten drei bis vier Jahrzehnten untergegangen ist, als seine Regierung entmachtet und seine Wirtschaft unter-institutionalisiert und unter-regiert wurde.

Doch obwohl der Kapitalismus einmal mehr nicht in der Lage ist, eine soziale Ordnung aufrechtzuerhalten, kann er alleine deshalb anscheinend nicht überwunden werden. Der Kapitalismus, der, indem er

sich dem Regiertwerden entzogen hat, zu einer Quelle tiefgreifender Unsicherheit geworden ist, führt ungeachtet seiner systemischen Desintegration ein Leben nach dem Tod, weil es niemanden gibt, der ihn ersetzen und dabei seine Errungenschaften bewahren könnte. Der zeitgenössische Kapitalismus ist nicht nur *unter-regiert*, was unter anderem zu einer selbstzerstörerischen Überbeanspruchung von Arbeit, Natur und Geld führt (zu Letzterem siehe die rastlose Produktion von neuem Geld aus dem Nichts in einem verzweifelten Versuch, das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen), sondern auch *unter-opponiert*. Im Gegensatz zum Kommunismus der Vergangenheit hat der unregierte Kapitalismus – also der Hayek'sche Kapitalismus – keine Kommandohöhen, die eine geeinte Opposition erobern könnte. Das ist ein Grund, warum die Opposition so wenig geeint ist; andere Gründe sind geografische Zerstreuung, ungleiche »Entwicklung« und allgemein eine Reihe von Problemen kollektiver Handlungsfähigkeit, die den Problemen ähneln, denen sich unregierte Kapitalisten ausgesetzt sehen. Kollektive Handlungsfähigkeit und kollektive Schicksalskontrolle haben sich auf beiden Seiten verflüchtigt – um Wallersteins Kurzformeln zu verwenden – sowohl in Davos als auch in Porto Alegre. Dies macht es unwahrscheinlich, dass Wallersteins Vorhersage wahr werden wird, dass zur Mitte dieses Jahrhunderts die beiden Klassen, oder Parteien, gegeneinander antreten werden, um zu entscheiden, wie das moderne Weltsystem aussehen wird.

Anstatt als finalen Showdown, schlage ich vor, sich die nahe und nicht so nahe Zukunft des nicht-mehr-regierten Kapitalismus als ein *Interregnum* von unbestimmter Dauer vorzustellen, als eine Zeit, mit Antonio Gramsci, in welcher »die alte Ordnung schon tot ist, eine neue aber noch nicht geboren werden kann« – eine Zeit, in der »pathologische Phänomene der unterschiedlichsten Art entstehen«. Eine Frage wäre dann, was eine Gesellschaft erhalten kann, die strukturell dysfunktional geworden ist, für die es aber (noch) *keine Alternative* gibt. Hier sollten wir das Thatcher'sche Diktum ernst nehmen, das als empirische Aussage gemeint war, aber angemessener als neoliberales Projekt verstanden wird, wonach »es keine Gesellschaft« gibt, sondern »nur Individuen und ihre Familien«. Analytisch gewendet, verweist dies auf ein Modell *postkapitalistischer Nicht-Gesellschaft*, in dem systemische Strukturen, also soziale Institutionen, *uninstruktiv* geworden oder gemacht worden sind, sodass die Verantwortung für die Organisation des sozialen Lebens voll und ganz den »Individuen und ihren Familien« zufällt. Sich selbst überlassen, müssen sie sich in

einer entpolitisierten, individualisierten und improvisierten Gesellschaftsordnung, die sie selbst, so gut sie können, »von unten« aufbauen und immer wieder neu errichten müssen, privat um Stabilität und Sicherheit bemühen, in Form einer Vielzahl von auf das Individuum zentrierten sozialen Netzwerken und ohne Unterstützung »von oben«. Ideal dafür geeignet scheint die technologische Infrastruktur der sogenannten »sozialen Medien« – die tatsächlich alles andere als »sozial« sind, da sie Profitmaschinen in Privatbesitz sind, die ihre Informationen über bestehende und sich entwickelnde Präferenzen und Beziehungen ihrer Klientel kommerzialisieren. Dabei treten *Netzwerke von Usern* an die Stelle von *Gemeinschaften von Bürgern*. Systemische Reproduktion während des Interregnums – oder, bescheidener, der Fortgang des sozialen Lebens unter einem ungeordneten, desorganisierten Kapitalismus – hängt dann von improvisierter sozialer Integration auf der Mikroebene sozialer Interaktion ab, die die Schwäche der Systemintegration auf der Makroebene der Gesellschaft kompensieren muss. Als Resultat löst sich der Dualismus von Systemintegration und sozialer Integration, wie ihn der soziologische Funktionalismus der längst vergangenen 1960er-Jahre postuliert hatte, zugunsten einer – höchst fragilen – Herstellung sozialer Ordnung allein durch soziale Integration auf.

Auf der Mikroebene übersetzen sich systemische Desintegration und strukturelle Unterbestimmtheit in eine unterinstitutionalisierte Lebensweise, die immer dem Risiko ausgesetzt ist, durch überraschende Ereignisse erschüttert zu werden, abhängig von der Ressourcenausstattung, der Improvisationskunst und dem Glück des Einzelnen. Ideologisch kann das Leben in einer unter-regierten Gesellschaft dieser Art als Leben in Freiheit glorifiziert werden, das nicht durch starre Institutionen eingeschränkt ist und selbstbestimmt durch freiwillige Vereinbarungen zwischen Individuen konstruiert wird, die frei ihren jeweiligen Präferenzen folgen. Das Problem mit diesem neoliberalen Narrativ ist natürlich, dass es die sehr ungleiche Verteilung von Risiken, Chancen, Gewinnen und Verlusten nicht beachtet, die mit dem entsozialisierten Kapitalismus einhergeht, einschließlich des »Matthäus-Effekts« (Merton) des kumulativen Vorteils. Das wirft die Frage auf, warum das neoliberale Leben, das mit dem postkapitalistischen Interregnum verbunden ist, keinen größeren Widerstand erfährt, ja, wie es sich so offensichtlicher Unterstützung erfreuen kann – eine Frage, die sich nicht mit dem Hinweis auf die strukturelle und regionale Zersplitterung der antikapitalistischen